

# Die Lehrer frohlocken – Aeppli gibt erneut nach

Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) hört auf Kritik aus der Lehrerschaft. Sie gleicht Arbeitszeit-Differenzen aus.

---

Von **Daniel Schneebeli**

**Zürich.** – Bildungsdirektion und Regierungsrat haben zuletzt diverse – teilweise uralte – Versprechen gegenüber der Lehrerschaft eingelöst: Für Zusatzaufgaben in der Schule wird Entlastung gewährt, Handarbeit in der 5. und 6. Klasse wieder in Halbklassen unterrichtet, und es steht eine Revision der Lohnskala bevor, die Zürcher Lehrerlöhne attraktiver macht.

Gestern hat der Regierungsrat auch beim neuen Arbeitszeitmodell für die Lehrerinnen und Lehrer Konzessionen gemacht. Das Modell sieht erstmals eine Jahresarbeitszeit von 1950 Stunden vor, was einer 42-Stunden-Woche in der Verwaltung entspricht. Es sollen dabei auch Tätigkeiten erfasst werden, die Lehrerinnen und Lehrer neben dem Unterrichten leisten: Eltern-, Team- und Koordinationsarbeit, Weiterbildung und auch Arbeit für die Klassenführung. Darunter fallen zum Beispiel: Zeugnisse schreiben, Ausflüge und Exkursionen organisieren oder Elternabende planen.

In der Vernehmlassung der Vorlage gingen laut Regierung vorwiegend positive Reaktionen ein. Dennoch sind aufgrund der rund 300 Rückmeldungen zwei Hauptforderungen berücksichtigt worden. Den Klassenlehrkräften gewährt die Regierung für ihre Arbeit statt 50 neu 80 Stunden. Zudem hat sie die Unterrichtsverpflichtung der Unterstufenlehrerinnen von 29 auf 28 Lektionen reduziert. Laut Martin Wendelspiess, Chef des Volksschulamts, kann

das kostenneutral erfolgen, weil gleichzeitig eine Lektion pro Woche weniger in Halbklassen unterrichtet wird. Würde der Unterricht in Halbklassen nicht reduziert, hätte dies laut Wendelspiess rund 60 Millionen Franken Mehrkosten zur Folge. Die höhere Lektionenzahl war bisher darin begründet, dass Unterstufenlehrerinnen ihre Halbklassenlektionen nur einmal vorbereiten, aber zweimal halten konnten.

Kritisiert hat die Lehrerschaft auch,

dass sie ihre Arbeitszeit in offiziellen Listen protokollieren müsse. Auch auf diese Kritik ging der Regierungsrat teilweise ein: Auf Normlisten wird verzichtet. Jede Schulleitung kann selber entscheiden, wie ihre Lehrerschaft über die Arbeitszeit Buch führt. Weiter wird Lehrpersonen, die ehemalige Sonderschüler in der Klasse haben, für den Zusatzaufwand jährlich 25 Arbeitsstunden pro Schüler gewährt. 42 Stunden jährlich erhalten Junglehrer für die Unterrichtsvorbereitung.

In Kraft treten können die Neuerungen aber frühestens 2011. Die Regierung hat die ganze Vorlage in eine zweite Vernehmlassung geschickt. Grund: Es sollen auch noch Forderungen aus dem Parlament erfüllt werden. Schulleiter sollen künftig nicht mehr unterrichten müssen, zudem sollen Mini-Pensen von unter 35 Prozent nur noch in Ausnahmefällen möglich sein. Bürgerliche Politiker wollen gar Mindestpensen von 50 Prozent (TA von gestern).

## Gewerkschaft bleibt kritisch

Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) ist zufrieden. Er habe sich durchsetzen können, teilt er mit. Einzig die Forderung nach einer generellen Senkung der Unterrichtsverpflichtung auf 26 Lektionen sei ungehört geblieben. Kritischer ist die linke Gewerkschaft VPOD. Der neue «Berufsauftrag» sei noch klar ungenügend.